Ä3 Tatkräftig, innovativ, zukunftsfest – Das Handwerk in Sachsen-Anhalt stärken!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.11.2022

Änderungsantrag zu A1NEU

Von Zeile 57 bis 59:
Eine faire Ausbildungsvergütung heißt für uns, dass diese die Mindestausbildungsvergütung nicht unterschreitet und tariflich gebunden ist. Finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit vom Elternhaus für Auszubildende ist eine Frage von sozialer Gerechtigkeit. Zudem ist dies für junge Menschen ein entscheidender und oft zwingender Faktor in der Wahl des Lebensweges und deshalb so wichtig, um die Ausbildung attraktiver zu machen. Daher setzen wir uns auch für eine grundsätzliche Schulgeldfreiheit ein. Stattdessen brauchen Auszubildende in schulischen Ausbildungen Anspruch auf BAföG.

Berufsbildende Schulen sind ~~dabei~~ ein wesentlicher Bestandteil einer zukunftsfähigen Aus- und Weiterbildung. Sie werden gerade vor dem Hintergrund

Nach Zeile 66 einfügen:
Junge Menschen brauchen Auswahlmöglichkeiten und Angebote, die ihren Neigungen entsprechen. Je nach Wohnort fehlt es allerdings oft genau daran - insbesondere, aber nicht nur, in den vielen ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts. Wir setzen uns auch deshalb für eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie ein. Junge Menschen sollen ein gesetzlich verankertes Recht auf einen Ausbildungsplatz bekommen. Hürden, wie z.B. die Feststellung der sog. Ausbildungsreife müssen abgeschafft werden. Die Umlagefinanzierung hilft bei der tatsächlichen Umsetzung dieses Anspruchs. Alle Betriebe zahlen hierbei in einen Zukunftsfonds ein. Die Gelder daraus werden u.a. an ausbildende Betriebe ausgezahlt und schaffen so einen Anreiz, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Ein weiterer Teil der Gelder wird genutzt, um das Netz und die Qualität überbetrieblicher Ausbildungszentren zu verbessern. Außerdem werden die Mittel aus dem Fonds genutzt, um außerbetriebliche Ausbildungen dort zu ermöglichen, wo trotz aller Bemühungen keine betrieblichen Ausbildungsplätze geschaffen werden kann.

Begründung

Grundlage ist der Beschluss der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt vom 12.11.2022

In Sachsen-Anhalt gab es zum Stichtag des. 30.09. 2022 1.327 unbesetzte Ausbildungsstellen und letztendlich weniger Bewerber*innen als bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen. Was oberflächlich betrachtet nach paradiesischen Zuständen für Ausbildungsinteressierte klingt, ist bei genauerer Betrachtung eine Anklage gegen die derzeitige Situation für junge Menschen. Trotz des vermeintlichen Ausbildungsplatzangebots sind von den bei 9.258 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber*innen nur 5.242 in die duale Ausbildung eingemündet. Die restlichen stecken in Übergangsmaßnahmen, haben sich für andere Bildungsgänge entschieden, gehen ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt oder stecken in der Arbeitslosigkeit. Die von der Bundesagentur für Arbeit für „nicht ausbildungsreif“ befundenen Jugendlichen tauchen in dieser Statistik erst gar nicht auf.

Zudem kaschiert der Überhang an unbesetzten Ausbildungsplätzen sogenannte „Matching-Probleme“. Nicht jeder Ausbildungsort – Betrieb, wie Berufsschule - ist für junge Menschen überhaupt in einem mit einem vertretbaren Aufwand zu erreichen.

Zudem entsprechen viele der angebotenen Stellen nicht der Interessenlage der Bewerber*innen. Wer gerne Tierpfler*in werden möchte, wird sich höchstwahrscheinlich nicht für eine Ausbildung als Fleischereifachverkäufer*in begeistern können. Junge Menschen brauchen Auswahlmöglichkeiten und Angebote, die ihren Neigungen entsprechende. Die Ausbildungsumlage kann mehr Betriebe motivieren, neue und mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und damit auch das Angebot für junge Menschen zu vergrößern.

Dazu kommt, dass viele gemeldete Ausbildungsstellen zu recht von jungen Menschen als unattraktiv bis inakzeptabel angesehen werden. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung lag in Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 bei 737 € brutto. Auch vor der hohen Inflation war dies eine Summe, von der junge Menschen nicht ansatzweise ein eigenes Leben finanzieren konnten, sondern auf Unterstützung durch die Eltern oder staatliche Ausbildungsbeihilfe angewiesen waren.

Ausbildungsfremde Tätigkeiten, regelmäßige Überstunden (28%), keine Übernahmeinformationen zum Ende der Ausbildung (34%), sowie Unzufriedenheit mit der Ausbildung im Allgemeinen (28 %) bilden ab, dass sich die Ausbildungssituation für junge Menschen verbessern muss. Dass viele Betriebe weniger an einer guten Ausbildung für ihre Azubis interessiert sind, sondern vielmehr an billigen und vermeintlich rechtlosen Arbeitskräften spricht sich logischerweise herum.

Die Tatsache, dass bei vielen schulischen Ausbildungen z.T. Schulgeld bezahlt werden muss, unentgeltliche Prakika absolviert werden müssen und überhaupt keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird, sorgt auch hier für die Unattraktivität der Berufsfelder.

Der oft beklagte Fachkräftemangel ist folglich hausgemacht und von vielen Unternehmen und durch mangelhafte Ausbildungsordnungen selbst verschuldet. Mit den von uns vorgeschlafenen Instrumenten lässt sich der Fachkräftemangel bekämpfen und jungen Menschen eine Perspektive bieten.

Wir möchten der DBG-Jugend Sachsen-Anhalt ausdrücklich für die umfangreiche Unterstützung in der Ausarbeitung danken.

Unterstützer*innen

Sarah Einzel (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)